

Substanzielles Protokoll 11. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Juli 2014, 20.30 Uhr bis 21.50 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Helen Glaser (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte, Mark Richli

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Kurt Hüssy (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 3. | 2014/159 | Weisung vom 21.05.2014:
Finanzdepartement, Zusatzkredite I. Serie 2014 | STR |
| 4. | 2014/161 | Weisung vom 21.05.2014:
Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische
Wohnungen, neuer Wahlvorschlag Stiftungsrat | FV |
| 5. | 2014/45 | E/A Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Martin Luchsinger
(GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 05.02.2014:
Juliastrasse, Einrichtung einer Begegnungszone oder einer
autofreien Strasse | VTE |
| 6. | 2014/108 | E/A Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst
(Grüne) vom 02.04.2014:
Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der
Hardbrücke | VTE |
| 7. | 2014/125 | E/A Postulat von Alan David Sangines (SP) und Gabriela Rothenfluh
(SP) vom 16.04.2014:
Kennzeichnung des FKK-Bereichs auf der Werdinsel | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

G e s c h ä f t e

**245. 2014/159
Weisung vom 21.05.2014
Finanzdepartement, Zusatzkredite I. Serie 2014**

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 10, Beschluss-Nr. 245/2014).

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Betrag sollte um 800 000 Franken gekürzt werden. Ich kann Ihnen leider nicht sagen, weshalb, denn das ist geheim. Ich hoffe, Herr Odermatt, Sie können dem gewählten Gemeinderat ausrichten, weshalb Sie einen Zusatzkredit brauchen und weshalb ich dazu nichts sagen darf.

Rebekka Wyler (SP): Ich kann Ihnen immerhin sagen, was in der Weisung steht, das ist doch etwas mehr als das, was Roger Liebi gesagt hat. «Die Ausgaben für Rechtsfälle sind in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen und den involvierten städtischen Stellen zukünftig in der laufenden Rechnung zu verbuchen.» Man möchte nicht jeden Rechtsfall öffentlich machen. Wir haben uns hier kundig gemacht. Es geht auch um technische Fragen, wie Rechtsfälle, die sich leider nicht vermeiden lassen, verbucht werden. Die Mehrheit der RPK bittet darum, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es herrscht ein grundsätzliches Unbehagen über die Art und Weise, wie man die Weisung ablehnen oder befürworten soll. Wir würden unsere Gründe für die Ablehnung gerne bekannt geben. Es gibt noch nicht einmal eine genaue Begründung, warum man dafür ist. Wir wären deshalb froh, wenn der Stadtrat sagen könnte, für was das Geld unter Umständen eingesetzt wird.

Walter Angst (AL): Den RPK-Mitgliedern konnte nicht erschlossen werden, warum die Mitteilung geheim ist. Dies wurde nicht im Detail erklärt. Fest steht nur, dass es sich hier um ein Projekt im Schuldepartement handelt.

Mauro Tuena (SVP): Man kann nicht für etwas stimmen, wenn man gar nicht weiss, wofür das Geld ist.

Samuel Dubno (GLP): Die Mitglieder der RPK sind über die Sachlage informiert und wir vertrauen hier dem Stadtrat.

S. 7	40 4040 3180 0201	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Schule		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	800 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	800 000		
	Begründung	---		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Bevor man investieren kann, muss man planen. Wenn die Mittel für die Planung fehlen, müssen die Investitionen später realisiert werden. Vor allem ist die Frage zu klären, welche Investitionen zu welchem Zeitpunkt zu tätigen sind. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt muss diese Prioritäten setzen. Die Weisung zur Leistungsüberprüfung 17/0 ist jetzt zwei Jahre alt und wir wissen immer noch nicht, wie der Stadtrat bis 2017 einen Ausgleich erreichen will. Aus Sicht der Minderheit liegen die Prioritäten bei den Schulen und bei den Alterszentren. Die Projekte Rote Fabrik und Amtshaus Helvetiaplatz sind nicht dringend und können zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.

Felix Moser (Grüne): Beide Projekte müssen jetzt zustande kommen. Bei der Roten Fabrik handelt es sich um einen Wiederaufbau nach einem Brandschaden. Eine Streichung des Kredits hätte einen Planungsstopp zur Folge. Die Räume könnten nicht genutzt werden, was zu einer Einnahmenseinbusse führen würde. Beim Amtshaus Helvetiaplatz steht die Gesamtsanierung an, sonst kann das Sozialzentrum nicht umziehen, dadurch würden Kosten für ein Provisorium anfallen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Es ist schon sonderbar, wenn wegen des Brandfalls Einnahmeausfälle bestehen in der Roten Fabrik, dass die Gegenseite, die bislang stets bemängelt hat, es werde nicht schnell genug saniert, nun einen Planungsstopp verlangt. Man kann nicht fordern, die Fremdmieten und Provisorien der Stadt einzuschränken und gleichzeitig einen solchen Kürzungsantrag stellen.

Markus Knauss (Grüne): Das Sozialzentrum befindet sich derzeit in einer kantonalen Liegenschaft. Die Marktmiete ist sehr grosszügig berechnet. Die Liegenschaft gehörte früher der Stadt und diese zahlt jetzt sehr viel mehr als bis anhin. Deshalb muss das Sozialzentrum dringend den Standort am Helvetiaplatz beziehen.

Raphaël Tschanz (FDP): Wenn das Projekt Sozialzentrum wirklich so wichtig wäre, hätte man es im Budget beantragt. In einer Weisung vom Mai dieses Jahres wurden vom Stadtrat alle Schulen einzeln aufgeführt. Die zwei Projekte aber ausgerechnet nicht.

Thomas Schwendener (SVP): Das Amtshaus Helvetiaplatz wurde uns in der Hochbaukommission schon lange vorgestellt. Es ist deshalb ordentlich einzustellen, zu budgetieren und nicht mit einem Zusatzkredit zu behandeln.

S. 8	40 4040 3182 0000	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Planungs- und Projektierungs- arbeiten Dritter		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	7 000 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	6 250 000		Minderheit Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	750 000		
	Begründung	Die Projekte «Rote Fabrik» und «Amtshaus Helvetiaplatz» streichen.		

Ausstand: Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir lehnen den Zusatzkredit aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ab. 2014 wurden vom Elektrizitätswerk der Stadt (ewz) umfangreichere Investitionen getätigt als geplant. Alle Einzelkredite waren amtlich bewilligt und Bestandteile von Rahmenkrediten zum Bau von Anlagen im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen. Das ewz plant nun im gleichen Umfang die Investitionen bei anderen Investitionskategorien zu reduzieren. Dadurch wird das Investitionsbudget des ewz gesamthaft zwar nicht überschritten, aber anstatt das Feld mit Zusatzkrediten auszuweiten, wäre mehr Zurückhaltung angesagt.

Christian Traber (CVP): Das ewz kompensiert die 12 Millionen Franken vollumfänglich auf anderen Konti. Dadurch wird kein anderes Projekt gestrichen, die Investitionsgelder werden nur verschoben.

S. 8	45 4530 502940	Departement der Industriellen Betriebe Elektrizitätswerk Übrige Anlagen		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	12 000 000		Mehrheit Christian Traber (CVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	12 000 000		
	Begründung	Langfristige Planung wäre möglich gewesen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Während der Übergangszeit ist im Museum pro Geschoss ein Themenschwerpunkt präsentiert worden. Die Exponate der Ausstellung waren Leihgaben. Die Umstände des Heimfalls waren so komplex und vom persönlichen Vertrauensverhältnis der Agierenden abhängig, dass eine öffentliche Ausschreibung für den Interimsbetrieb als nicht sinnvoll erachtet wurde. Es konnten vor dem Heimfall auch keine baulichen Abklärungen und Zustandsüberprüfungen gemacht werden. Bis vor kurzem war zudem unklar, ob die jetzige Baurechtsnehmerin das Haus leer übergeben will oder gewisse Kunstobjekte und Mobilien als Leihgabe zur Verfügung stellen wird. Nach 50 Jahren Betrieb im Baurecht war es offenbar nicht möglich vor auszuplanen, was man mit dem Haus Le Corbusier macht, was man darin ausstellen soll und wer es betreibt. Im letzten Moment hat man auf die Ausschreibung verzichtet, weil das zu kompliziert und zeitlich zu knapp sei. Der Hintergrund ist aber ein anderer. Die Stadt will immer und überall an der Spitze sein. Weil keine Stiftung das Haus übernehmen wollte, wird es jetzt staatlich geführt. Wir lehnen die Kreditübertragung für das Heidi Weber Museum im Centre Le Corbusier ab.

Samuel Dubno (GLP): Vorgesehen war eine Stiftung, jetzt ist es ein Auftragsverhältnis als Übergangslösung. Aus diesem Grund muss der Betrag auf den entsprechenden Konten verbucht werden. Dies kostet die Stadt nicht mehr Geld, es handelt sich dabei allein um eine Kreditübertragung.

S. 9	15 1501 von 3652 0000 nach 3180 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Begründung	Konsequenz aus Antrag Nr. 3.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Auch dies ist eine Kreditübertragung ohne finanziell nachteilige Wirkung für die Stadt, aber dennoch muss dieser Posten genau angeschaut werden. In der Musikschule Konservatorium Zürich sollen Lehrerinnen und Lehrer durch Vikarinnen und Vikare ersetzt werden. Ein Vikariat wird dann benötigt, wenn sich die angestellten Lehrpersonen aus verschiedenen Gründen frei nehmen. Alle Schülerinnen und Schüler haben jedoch ein Anrecht auf eine feste Bezugsperson. Das Vikariatswesen sollte generell genauer angeschaut werden.

Andrea Nüssli (SP): Die Vikariatsituation ist in der Musikschule eine andere als in einer normalen Schule. Es ist wichtig, dass es diese Stellen gibt. Die Mehrheit der RPK stimmt der Kreditübertragung zu.

S. 11	50 5026 von 3020 0000 nach 3029 0000	Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich Löhne der Lehrkräfte Entschädigungen an VikarInnen		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	170 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Begründung	Konzeptlose Umsetzung der Übernahme Konservatorium Zürich.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	9 991 600	12 691 000
2. Kreditübertragungen	+2 320 200 -2 320 200	+0 -0
Zusatzkredite brutto	9 991 600	12 691 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	9 991 600	12 691 000
- den Kreditübertragungen von	+2 320 200	+0
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-2 320 200	-0
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-351 000	-12 000 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	9 640 600	691 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

253. 2014/161

Weisung vom 21.05.2014:

Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, neuer Wahlvorschlag Stiftungsrat

Antrag des Stadtrats

Für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010–2014 und die Amtsdauer 2014–2018 werden in den Stiftungsrat der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen gewählt:

- Daniel Leupi, Vorsteher des Finanzdepartements der Stadt Zürich
- Felix Bosshard, Projektleiter «Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Zürich»; Präsident der Gemeinnützigen Bau- und Mietergenossenschaft Zürich
- Marianne Dutli Derron, Architektin ETH, MAS in Real Estate Management ZFH. Stv. Geschäftsleiterin «Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Zürich», Co-Präsidentin Wohnbaugenossenschaft Gesundes Wohnen MCS

- Veronika Harder, Architektin ETH. Verwaltungsratspräsidentin Harder Haas GmbH, Harder Haas Partner AG und Rovera AG, Verwaltungsrätin HB Invest GmbH, HB Seeblick AG und Eckert Hydraulik AG
- Julika Kotai, Architektin ETH, Geschäftsleitungsmitglied «a. b. a. andreas birrer architekten eth sia ag»; Energie-Coach Stadt Zürich (UGZ); Vorstandsmitglied Verein Jugendwohnnetz; Schlichterin Schlichtungsstelle in Mietsachen Bezirk Zürich
- Urs Räbsamen, Bauingenieur FH, Immobilienverwalter SVIT. Inhaber «Zobrist + Räbsamen AG»
- Christine Steiner Bächli, Architektin ETH. Partnerin bei Ernst Basler + Partner AG; Auditorin DGNB
- Thomas Schlepfer, Departementssekretär Finanzdepartement der Stadt Zürich
- Karl Viridén, Architekt FH. Geschäftsleiter Viridén + Partner AG, Verwaltungsrat und Geschäftsleiter EcoRenova AG, Energie-Coach (UGZ)

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die Geschichte dieser Stiftung war keine gradlinige. Es wurde ausführlich darüber diskutiert in der Kommission, im Rat und im Büro. Nachdem gegen den ersten Wahlvorschlag des Stadtrats aus verschiedenen Parteien Kritik laut wurde, zog dieser die Weisung zurück. Nun liegt ein neuer Wahlvorschlag vor. Mit Ausnahme einer Person ist der Vorschlag identisch mit der Weisung, die man damals zurückzog. Mit den jetzt vorgeschlagenen Personen werden wir einen kompetenten Stiftungsrat haben. Das ist ganz im Sinn der Grünen Partei, die Unterschriften für diese Stiftung gesammelt hatte, und im Sinn des Volks, das der Stiftung zugestimmt hatte. Die neuen Wohnungen werden bezahlbar und ökologisch vorbildlich sein.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): *Die Kommissionssprecherin hat das zu vertreten, was die Mehrheit der Kommission als richtig befindet und nicht das, was sie als Einzelperson und Parteimitglied befürwortet. Nach einem solchen Votum könnten einzelne Fraktionen durchaus ihre Meinung ändern und sogar dagegen stimmen, da die Mehrheitssprecherin nicht den Willen der Mehrheit geäußert hatte.*

Schlussabstimmung

Das Büro beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), 1. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), 2. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP), Martin Abele (Grüne), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Min Li Marti (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Enthaltung:	Ezgi Akyol (AL)
Abwesend:	Albert Leiser (FDP), Mauro Tuena (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 107 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010–2014 und die Amtsdauer 2014–2018 werden in den Stiftungsrat der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen gewählt:

- Daniel Leupi, Vorsteher des Finanzdepartements der Stadt Zürich

- Felix Bosshard, Projektleiter «Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Zürich»; Präsident der Gemeinnützigen Bau- und Mietergenossenschaft Zürich
- Marianne Dutli Derron, Architektin ETH, MAS in Real Estate Management ZFH. Stv. Geschäftsleiterin «Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Regionalverband Zürich», Co-Präsidentin Wohnbaugenossenschaft Gesundes Wohnen MCS
- Veronika Harder, Architektin ETH. Verwaltungsratspräsidentin Harder Haas GmbH, Harder Haas Partner AG und Rovera AG, Verwaltungsrätin HB Invest GmbH, HB Seeblick AG und Eckert Hydraulik AG
- Julika Kotai, Architektin ETH, Geschäftsleitungsmitglied «a. b. a. andreas birrer architekten eth sia ag»; Energie-Coach Stadt Zürich (UGZ); Vorstandsmitglied Verein Jugendwohnnetz; Schlichterin Schlichtungsstelle in Mietsachen Bezirk Zürich
- Urs Räbsamen, Bauingenieur FH, Immobilienverwalter SVIT. Inhaber «Zobrist + Räbsamen AG»
- Christine Steiner Bächli, Architektin ETH. Partnerin bei Ernst Basler + Partner AG; Auditorin DGNB
- Thomas Schlepfer, Departementssekretär Finanzdepartement der Stadt Zürich
- Karl Viridén, Architekt FH. Geschäftsleiter Viridén + Partner AG, Verwaltungsrat und Geschäftsleiter EcoRenova AG, Energie-Coach (UGZ)

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung.

254. 2014/45

Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Martin Luchsinger (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 05.02.2014:

Juliastrasse, Einrichtung einer Begegnungszone oder einer autofreien Strasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Martin Luchsinger (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4712/2014): Die Juliastrasse ist eine Einbahnstrasse und als MIV-Verbindung nicht notwendig. Während der letzten drei Jahre war sie aufgrund von Baustelleninstallationen für jeglichen Verkehr gesperrt. Es gab keinerlei Auswirkungen auf den Verkehr. Kinder haben in dieser Zeit die Strasse als Spielplatz in Anspruch genommen. Die Anwohner reichten daraufhin eine Petition ein, die Juliastrasse, die 2016 sowieso umgebaut werden muss, weiterhin autofrei zu halten oder aber dort eine Begegnungszone zu schaffen. Diese Petition wurde innert kürzester Zeit von 300 Personen unterschrieben. Wir bitten den Gemeinderat um ein starkes Zeichen für die Anwohner der Juliastrasse.*

***Urs Fehr (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. März 2014 gestellten Ablehnungsantrag: An der Juliastrasse gibt es vierzehn blaue Zonenparkplätze. Im ganzen Quartier sind die Parkplätze rar, deshalb lehnen wir das Postulat ab. Auch Kinder müssen in Zürich nicht auf der Strasse spielen, es gibt genug Wiesen und Spielplätze.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marc Bourgeois (FDP):** In dieser Strasse wurde eine Tiefgarage für die Anwohner gebaut, die aber nicht von dieser Strasse her erschlossen wird. Kaum ist diese Tiefgarage erstellt, sollen die Strasse und die Parkplätze abgeschafft werden. Diese*

Leute wollen aus öffentlichem Raum einen privaten Garten machen. Es könnten genauso auch andere nicht so wichtige Strassen in der Gegend gesperrt werden. Es ist nicht einsichtig, warum dies gerade bei einer Strasse mit einer gut organisierten Anwohnerschaft geschehen soll. Die Strasse ist zwar als Durchgangsstrasse nicht zwingend, relevant sind aber die vierzehn Parkplätze für das Quartier. Wir beantragen eine Textänderung, die den Teil «autofrei gehalten» aus dem Postulat streicht und eine Begegnungszone «ohne Parkplatzabbau» verlangt.

Marianne Aubert (SP): *Es handelt sich um zwölf Parkplätze, nicht um vierzehn. Die ganze Strasse ist hundert Meter lang. Die wenigen Autos kann der Stadtrat auch noch durch eine Begegnungszone oder durch eine autofreie Zone führen. Für Besucherinnen und Besucher gibt es zudem genügend andere Parkmöglichkeiten im Quartier.*

Karin Weyermann (CVP): *Ich selbst hatte bisher nie ein Problem damit, dort einen Parkplatz zu finden. Die Strasse ist unwichtig und es sind so wenig Parkplätze betroffen, dass wir dem Postulat zustimmen.*

Martin Luchsinger (GLP): *Die Textänderung nehmen wir nicht an. Es sollen beide Möglichkeiten geprüft werden: eine Begegnungszone und eine autofreie Option. Eine Sperrung der Hegarstrasse dürfte den Verkehrsfluss sehr stark komplizieren. Die Apollostrasse könnte allenfalls gesperrt werden, sinnvoll ist es aber bei der Juliastrasse. Die Parkplätze an der Juliastrasse wurden vor allem von den Anwohnern benutzt und diese werden jetzt in der Tiefgarage kompensiert. Kinder konnten früher in der Stadt noch auf der Strasse spielen.*

Urs Fehr (SVP): *Ein Tiefgaragenplatz ist viel teurer als ein Blaue-Zonen-Parkplatz. Es ist egoistisch, vor seinem Haus keinen Verkehr zu wollen und diesen andere tragen zu lassen.*

Marc Bourgeois (FDP): *Ich bin einverstanden, dass diese Strasse wenig bedeutsam ist und sich für eine Begegnungszone eignet. Ich verstehe aber nicht, wie Leute, die einen Tiefgaragenplatz haben, verlangen, dass vor ihrem Haus die Strasse und die Parkplätze gesperrt werden. Dadurch sind alle übrigen Autofahrer dem Verkehr im Quartier immer noch ausgesetzt und ihnen stehen noch weniger Parkplätze zur Verfügung.*

Das Postulat wird mit 80 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

255. 2014/108

Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.04.2014:

Zusätzliche Veloabstellplätze an der Hardstrasse und auf der Hardbrücke

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4872/2014): Die Abstellplätze auf der Hardbrücke reichen nicht. In Zusammenhang mit der Sanierung der Hardbrücke war man über einen vier Meter breiten Velo- und Fussweg informiert. Die Velos stehen jetzt auf dem Fussweg und auf den Treppen, die hinunter zur Hardbrücke führen. Diese unhaltbare Situation muss verbessert werden.*

Mauro Tuena (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Autoparkplätze werden genauso dringend benötigt und könnten mit der gleichen Begründung gefordert werden. Es ist allen klar, dass die Strategie darin besteht, mehr und mehr Veloparkplätze zu fordern, zu Ungunsten jener Verkehrsteilnehmenden, die massgeblich zu einer gut funktionierenden Volkswirtschaft beitragen. Veloparkanlagen beim Hauptbahnhof sind gähnend leer, weil sie nicht gebraucht werden. Wenn man Veloparkplätze will, müssen diese von den Velofahrern kostendeckend bezahlt werden, genauso wie bei den Automobilisten. Ansonsten ist das ein ungerechtes System und eine Bevorzugung von einzelnen Verkehrsteilnehmern.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Wir würden den Vorschlag unterstützen. Wir haben aber Bedenken, dass durch eine gewährte Verdoppelung sich im Prinzip nur der parkierte Rost vermehrt. An der Hardbrücke ist jeder Quadratmeter für verschiedene Nutzungen umkämpft. Wir wollen nicht Rost sammeln, sondern Parkplätze anbieten. Das Postulat soll deshalb mit dem Satz ergänzt werden, dass bei attraktiv gelegenen Veloparkplätzen, insbesondere auf der Hardbrücke, zwecks optimaler Bewirtschaftung Parkgebühren zu prüfen sind.

Markus Hungerbühler (CVP): Die Zustände an der Hardbrücke sind chaotisch und unhaltbar. So wie die Velos jetzt dort parkiert werden, versperren sie das Trottoir egal zu welcher Tages- und Nachtzeit. Wir werden das Postulat deshalb unterstützen.

Nicolas Esseiva (SP): Den Bahnhof Hardbrücke frequentieren jetzt schon 44 000 Passagiere pro Tag. 2018, nach der vierten Ausbaustufe, wird sich die Zahl auf bis zu 60 000 Personen erhöhen. Die künftigen Bedürfnisse richten sich also auch nach mehr Veloparkplätzen, damit der ÖV entlastet wird.

Matthias Probst (Grüne): In der Stadt Zürich haben wir vor allem kommunale Strassenflächen, die aus dem ordentlichen Steuersubstrat finanziert werden. Das heisst, es bezahlen alle gleich viel daran. Es ergibt sich für die Infrastrukturfläche für die Velofahrenden ein Verbrauch von fünfzehn Quadratmetern pro Person, für die Autofahrenden einer von 125 Quadratmetern pro Person. Würden für die Velofahrenden die Steuern um den Faktor 10 reduziert oder für die Autofahrenden um den Faktor 10 erhöht, können wir gerne über Gebühren bei den Veloabstellplätzen diskutieren. Solange dies nicht der Fall ist, sollen die Verkehrsteilnehmer, die weniger Platz benötigen, effizient unterwegs sind und nicht die Luft verpesten, von der Stadt explizit gefördert werden. Wir nehmen die Textänderung nicht an.

Marc Bourgeois (FDP): Danke für die Belehrung über die Strassenfinanzierung. Ein Exkurs zur ÖV-Finanzierung hätte das Bild abgerundet. Bekanntlich steigen zwei Drittel der Velofahrer bei schlechtem Wetter auf den ÖV um. Es wird an der Hardbrücke immer zu wenig Parkplätze haben, weil die Personenzahl so gross ist. Es geht nicht darum, dass sich die Stadt eine goldene Nase daran verdient. Doch dort, wo der Platz knapp ist, ist eine Bewirtschaftung nötig. Das ist zum Nutzen der Velofahrer und nicht zu ihrem Nachteil. Ansonsten werden mehr Abstellplätze geschaffen, eine Woche später gibt es doppelt soviel Rost auf der Hardbrücke und der Platz wird wieder eng.

Das Postulat wird mit 79 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

256. 2014/125
Postulat von Alan David Sangines (SP) und Gabriela Rothenfluh (SP) vom 16.04.2014:
Kennzeichnung des FKK-Bereichs auf der Werdinsel

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Alan David Sangines (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4909/2014): Seit Jahren ist die Südspitze der Werdinsel ein beliebter FKK-Badeort. Vor langem haben sich Stadt, Quartierverein und weitere Organisationen darauf geeinigt, dort FKK zu akzeptieren. Es sind aber nicht nur Nacktbadende dort. Seit die Werdinsel immer mehr aufgewertet wird, schimpfen viele über die Nackten und fordern einen Sichtschutz. Es kann nicht sein, dass man einen der einzigen öffentlichen FKK-Badeorte in Zürich mit Sichtschutz zupflastert oder ganz verbietet. Deshalb soll der Badeort mit geeigneter Beschilderung als FKK-Badeort gekennzeichnet werden. Dadurch soll jeder darüber informiert werden und selber entscheiden, ob er dort baden will oder nicht.*

***Martin Bürlimann (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. Juni 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Seit über 30 Jahren gibt es auf der Werdinsel Menschen, die dort auf etwas eigentümliche Weise baden und sich sonnen. Das Problem ist die Übernutzung solcher Plätze durch die Masseneinwanderung. Dadurch haben es Orte, die aus dem Rahmen fallen immer schwerer. Die städtische Aufwertungspolitik ist ein weiteres Problem. Dieser Platz sollte nicht aufgewertet werden, sondern so bleiben wie er ist. Mit einer Tafel wird den heutigen Nutzern kein Gefallen getan, weil dieser eine Art Werbeplattform darstellt.*

Das Postulat wird mit 98 gegen 20 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

257. 2014/244
Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL) und 34 Mitunterzeichnenden vom 09.07.2014:
Dienstplanänderungen für das Hortpersonal sowie Budgetkürzung für die Sommerferienhorte, Hintergründe und Auswirkungen der Massnahmen des Schulamts

Von Walter Angst (AL) und 34 Mitunterzeichnenden ist am 9. Juli 2014 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 5. Juni 2014 hat das Schulamt das Merkblatt „Handlungsspielraum in der Dienstplanung“ zuhanden der Schulleitungen und der Leitungen Betreuung verabschiedet. Als zumutbare Anpassungen werden die Aufteilung der Arbeitszeiten des oft Teilzeit arbeitenden Hortpersonals auf mehrere Arbeitstage erwähnt. Das durch den Umbau der Hortstrukturen schon stark verunsicherte Personal ist von der kurz vor den Sommerferien bekannt gewordenen Anweisung des Schulamts überrascht worden. Offenbar ist zudem der im Sommerferienhort für Ausflüge und Material zur Verfügung stehende Kredit auf 3 Franken pro Betreuungstag limitiert und damit der Spielraum für Aktivitäten eingeschränkt worden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was war der Auslöser für die Dienstplanungsänderung? Was soll damit bezweckt werden?
2. Es scheint, dass die Leitungen Betreuung aufgefordert werden, bei der Dienstplanung vermehrt auch Anpassungen vorzunehmen, die nicht im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen. Aus welchem Grund?
3. Ist es richtig, dass die Leitungen Betreuung und die Schulleitungen ausdrücklich darauf hingewiesen wurden, dass bei unterschiedlichen Vorstellungen zur Dienstplanung dem Personal die Möglichkeit gegeben werden soll, die Stelle zu kündigen?
4. Sind die Personalvertretungen und die Verbände vor der Verabschiedung des Merkblatts einbezogen worden? Wie haben sie Stellung genommen?
5. Wie beurteilt der Stadtrat das Vorgehen des Schulamts? Macht es Sinn, dass durch Lohnkürzungen, höhere Belegungszahlen, Aufhebung der bisher grosszügigen Stellvertretungslösungen (Ferien, Krankheit etc.) und andere Massnahmen verunsicherte Personal durch einen Hinweis an die direkten Vorgesetzten, die Dienstpläne bei Bedarf ohne die Zustimmung der betroffenen Angestellten festzusetzen, zusätzlich zu beunruhigen?
6. Wie wird sicher gestellt, dass der neue Handlungsspielraum bei der Dienstplanung des Hortpersonals (zB die Anordnung, ein 60-Prozent-Pensum neu auf vier statt wie bisher drei Tage zu verteilen) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gefährdet? Ist das Büro für Gleichstellung um eine Stellungnahme gebeten worden?
7. Welche Anpassungen gibt es bei den für Aktivitäten und Ausflüge im Sommerferienhort zur Verfügung stehenden Kredit? Wieso sind Anpassungen vorgenommen worden? Wie hoch ist das Sparpotential?
8. Geht der Stadtrat auch davon aus, dass vor allem Kinder von Familien, die über ein unterdurchschnittliches Haushaltsbudget verfügen, von dieser Massnahme betroffen

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 20. August 2014, 17 Uhr